BERICHT

des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung, Köln

von

Generalsekretär Friedrich Halstenberg

Vorbemerkung.

1. Die Gesundung des Verhältnisses zwischen der wachsenden Großstadt und ihrem Umland stellt offensichtlich eine der schwierigsten Aufgaben der Stadt- und Landesplanung dar. Die hier der Lösung harrenden Probleme verdanken Ihre Entstehung im wesentlichen der Industrialisierung. Durch diese ist das ursprünglich ausgewogene Verhältnis zwischen der Stadt und ihrem Umland in einem durchaus noch nicht beendeten, sondern rasch fortschreitenden Entwicklungsprozess grundlegend umgestaltet worden.

Der in zunehmendem Maße sich ausprägenden Problematik widmet die deutsche Fachwelt ihre volle Aufmerksamkeit. Theorie und Praxis bemühen sich in gleicher Weise um die Lösung der gestellten Aufgaben. Jedoch ist deren Tragweite noch nicht genügend in das Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit, insbesondere der zur Mitwirkung berufenen Bevölkerungskreise gedrungen.

2. Die unter dem Thema des Kongresses zu erfassenden Aufgaben und Probleme sind vielschichtig und vielgestaltig. Es erscheint daher zur Begrenzung des Themas zunächst geboten, sich auf die Betrachtung der *Großstadt* und ihrer Umgebung zu beschränken, zumal die zu klärenden Probleme hier noch schärfer als bei den meisten Klein- und Mittelstädten hervortreten. Gleichwohl ergeben sich aber auch für den Bereich der Großstädte noch mannigfaltige, durch die Lage und Struktur bedingte örtliche Unterschiede, je nachdem, ob man etwa auf die Großstädte in den großen Industriegebieten und an deren Rande (z.B. Essen oder Köln) oder aber auf solche abhebt, die innerhalb land- und forstwirtschaftlich genutzter Räume liegen (z.B. Kiel, Hannover, München, Münster).

3. Hinsichtlich der räumlichen Begrenzung des Großstadt-„Umlandes“ befinden sich verschiedene Vorschläge in der noch schwebenden fachlichen Diskussion. Die überwiegende Meinung dürfte dahin gehen, daß für die Begrenzung des Umlandes im wesentlichen auf das Gebiet des städtischen Arbeitsmarktes abzustellen ist. Das Umland umfaßt danach jedenfalls – neben der industriellen Ballung außerhalb der städtischen Verwaltungsgrenzen – die Gemeinden, in denen die Arbeiter der Industriezentren wohnen („Arbeiterwohngemeinden“).

Andere Abgrenzungsmethoden wollen die Bevölkerungsdichte (Grenzwert: 300 Einwohner je qkm), den Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Berufspersonen, die Wohn-dichte, die Siedlungsformen, das Vorhandensein von Flächen für städtische Funktionen, die Konsumbeziehungen, die Häufigkeit des Fernmelde- und Postverkehrs, die Nahverkehrs-dichte und -zentralität u.a. berücksichtigt wissen.

Eine allgemein als gültig anerkannte Abgrenzungsmethode besteht in Deutschland noch nicht.

4. Unter diesen Voraussetzungen muß sich der vorliegende deutsche Vorbericht auf den Versuch beschränken, die wesentlichen und grundsätzlichen Tatbestände und die daraus folgenden allgemeinen Aufgaben herauszuarbeiten, die im Grundsatz anzustrebenden Ziele darzulegen und die hierzu verfügbaren Mittel und Methoden aufzuzeigen.

I. Der heutige Zustand.

1. Die heutige Siedlungsstruktur und Bevölkerungsverteilung wird durch eine weitgehend bereits vollzogene und noch anhaltende *Konzentration in den großstädtischen Ballungen* gekennzeichnet. Unter den verschiedenen Ursachen dieser in den letzten Jahrzehnten sprunghaft verlaufenen Entwicklung ist die Industriestandortwahl die bei weitem wirksamste. In der gleichen Richtung wirken in zwar unterschiedlichem Ausmaß, teils einander gegenseitig beeinflussend und mit der Industrieansammlung in Wechselwirkung stehend, die Anziehungsfaktoren der Großstadt als Verwaltungs-, Kultur-, Ausbildungs-, Handels-, Einkaufs- und Bankzentrum, als Verkehrsknotenpunkt und als Träger besonderer Dienstleistungsangebote (Krankenhäuser, Spezialärzte, Forschungsstätten, Verbände etc.). Zusätzliche Einflüsse ergeben sich aus der Veränderung von Verwaltungsgrenzen, aus der Verlegung von Verwaltungssitzen u.ä. Schließlich spielen auch rationell unwägbar subjektive Elemente bei der Erklärung des Großstadtssogs eine nicht zu unterschätzende Rolle. Dabei ist es nicht immer leicht, für die Überlegungen dieses Berichtes aber auch nicht unbedingt notwendig, die Ursächlichkeit und die Wirksamkeit der einzelnen Faktoren jeweils genau zu analysieren. Im Hinblick auf therapeutische Maßnahmen wird man aber keinesfalls übersehen dürfen, daß die heutigen Großstadtfunktionen und die in ihnen wirkenden Kräfte vielfach miteinander verwoben sind und ein Symptom des modernen, technisierten und stark differenzierten Zivilisationsprozesses darstellen.

2. Die zunehmende Konzentration stellt die Ballungszentren und ihr Umland vor unterschiedliche Probleme. Bezieht man die weitere Umgebung, das „flache Land“ im Gegensatz zur Stadt, in die Betrachtung ein, so ist im allgemeinen die Feststellung gerechtfertigt, daß der Ausfüllung und wirtschaftlichen Stärkung der Ballungen eine trotz gewachsener Aufgaben relativ absinkende Leistungskraft der übrigen, vor allem der ländlichen Räume gegenübersteht.

3. In der Stadt – und über deren Grenzen hinauswirkend – vollzieht sich gleichzeitig ein *Ausdehnungs- und Verdichtungsprozess*. Die städtischen Ballungen verdichten sich und dehnen sich dem wachsenden Raumbedarf folgend aus. Der Verdichtungsprozess bewirkt in den meisten Fällen eine stärkere bauliche Ausnutzung der innerstädtischen Flächen. Die stärkere bauliche Flächenausnutzung bewirkt oft die Schmälerung der städtischen Grün- und Erholungsflächen. Die menschlichen Lebensbedingungen innerhalb der Großstadt werden jedenfalls durch eine zu starke bauliche Ausnutzung in vielfacher Hinsicht beeinträchtigt.

Die ursprünglich geschlossenen städtischen Siedlungsgebiete wuchern aus. Oft bilden sich Siedlungsarten ohne sinnvolle räumliche Ordnung, meist in der Richtung zufälliger und für den Einzelfall vorteilhaft erscheinender Möglichkeiten (z.B. entlang der Ausfall-

straßen, in unerschlossenen und daher hinsichtlich der Bodenpreise günstig erscheinenden Gebieten).

Der Stadtrand ufert – meist zusammenhanglos – aus. Es vermischen sich städtische, halbstädtische und ländliche Siedlungs- und Bodennutzungsarten. Schleichende Nutzungsänderungen stellen sich ein (Beispiel: der Funktionswandel der vorstädtischen Kleinsiedlung, die wilde Siedlung in Schrebergärten, die gewerbliche und industrielle Nutzung landwirtschaftlicher Flächen und Gebäude). Mit Recht spricht man von „Behelfszonen“, in denen nachhinkende und meist kostspielige aber durchaus nicht immer voll ausgelastete Erschließungsmaßnahmen erforderlich werden.

Angrenzende ländliche Gemeinden werden allmählich verstädtert, teils durch Industrieansiedlung, teils durch Änderungen der Siedlungsformen. In den meisten Fällen ändert sich jedenfalls die Bevölkerungsstruktur durch das Anwachsen der Bevölkerungsanteile, die ihre Arbeitsplätze in der Stadt finden (Bildung von Arbeiterwohngemeinden).

4. Mit all dem geht die relativ und absolut zunehmende *Entfernung von Arbeitsplatz und Wohnung* auch innerhalb des städtischen Siedlungsraumes Hand in Hand. Hierdurch wiederum wird eine starke zusätzliche Belastung der Verkehrsmittel und -wege ausgelöst, ganz abgesehen von dem für jeden einzelnen Arbeitnehmer durch die Überwindung der Entfernungen ausgelösten unrationellen Leistungsaufwand, der zu einer Minderung des Realeinkommens und zu übermäßiger körperlicher Belastung führt.

5. Der Verdichtungs- und Ausdehnungsprozess ist zugleich mit einer ständigen *Erweiterung des vom Zentrum beeinflussten Bereiches* verbunden. Die Vergrößerung dieses Bereiches zwingt zu laufenden Umgestaltungen im Stadtkern. Die auf eine bestimmte Größenordnung und Zentralfunktion eingestellte City, wie auch die gesamten öffentlichen Dienste genügen den wachsenden Anforderungen nicht mehr. Der gesamte Stadtorganismus befindet sich in einem ständigen, meist den Charakter des Vorläufigen und Provisorischen nicht verleugnenden Umbau.

6. Infolge der Erweiterung des Einflussbereiches partizipieren die Gemeinden der engeren und weiteren Umgebung in zunehmendem Maße an den besonderen städtischen Diensten und Einrichtungen (Theater, höhere Schulen, Krankenhäuser usw.), die in den ländlichen Gemeinden und Landkreisen trotz wachsenden Bedarfs nicht unterhalten werden können. Die bisherigen Versuche, zu einem finanziellen Ausgleich der sozialen Belastung der Arbeiterwohngemeinden einerseits und der Belastungen der zentralen Großstadtgemeinden andererseits zu gelangen, werden vielfach von beiden Partnern als unbefriedigend betrachtet.

7. Die festgestellte Konzentrationstendenz hat in dem letzten Jahrzehnt zusätzliche Impulse durch den Strom der *Flüchtlinge und Ostvertriebenen* – und noch anhaltend durch die Aufnahme von Sowjetzonenflüchtlingen – empfangen.

Die dadurch bedingte starke Erhöhung der Bevölkerungsdichte im westdeutschen Raum insgesamt bewirkt einen weiteren Druck auf die Ballungszentren. Die Binnenwanderung innerhalb des westdeutschen Raumes ist auch heute noch nicht beendet. Die Flüchtlinge und Vertriebenen wurden überwiegend in ländlichen Räumen aufgenommen, die zwar in gewissem Umfang vorläufige Wohnmöglichkeiten, aber nicht genügend Arbeitsplätze bieten konnten (z.B. Schleswig-Holstein). So hat sich zunächst ein gewisses Gegengewicht gegenüber den industriellen Ballungsgebieten gebildet. Der aber bald einsetzende Drang zu den industriellen Arbeitsplätzen zeigte, daß das Problem durch die

einseitigen ländliche Flüchtlingsunterbringung nur verdeckt, aber nicht gelöst worden war. Eine ganz ähnliche Erscheinung stellen die während des Krieges aus den Großstädten Evakuierten dar, die fast ausschließlich wieder in ihre Heimatsorte zurückgekehrt sind.

8. Die *Konzentrationstendenz* mit ihren dargelegten Folgewirkungen hält an. Mit einer natürlichen Abschwächung oder einer Rückläufigkeit ist nicht zu rechnen. Dies ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die Industrie das im Prinzip auch nicht bestreitbare Recht der freien unternehmerischen Standortwahl nach rein betriebswirtschaftlichen Erwägungen für sich in Anspruch nimmt und daß die Industrieansiedlung in den großstädtischen Ballungen von weiten Teilen der deutschen Wirtschaft noch als zweckentsprechend betrachtet wird. Diese Meinung wird in nicht zu unterschätzendem Umfang durch Maßnahmen der kommunalen und staatlichen Verwaltungsbehörden teils bewußt, teils unbewußt gefördert.

Demgegenüber besteht in deutschen Fachkreisen der Wissenschaft und der Stadt- und Landesplanung weitgehend Übereinstimmung darin, daß die anhaltende Ballungstendenz weder im Interesse der Allgemeinheit noch im recht verstandenen Interesse der Wirtschaft liegt.

II. Die Auflockerung der Siedlungsstruktur der Stadt und ihrer Umgebung; Ziele und Erfolge.

1. Allgemein ausgedrückt lassen sich die zur Strukturgesundheit erhobenen Bestrebungen dahin zusammenfassen, daß ein weiteres übermäßiges Wachstum der Ballungen eingeschränkt und daß das flache Land in geeigneter Weise gestärkt wird, ohne die gliedhafte Zuordnung zu vernachlässigen.

2. Eine derartige Gesundung kann nicht primär durch den Versuch einer mechanischen Änderung der baulichen Siedlungsstruktur erfolgen. Es muss vielmehr von den *ursächlichen Wirkungskräften* ausgegangen werden.

Der wirksamste unter den ballungsfördernden Faktoren ist die großstädtische Industrieansiedlung. Es wird daher folgerichtig die Forderung vertreten, der weiteren industriellen Stärkung der bereits überbesetzten Ballungen entgegenzuwirken. Es liegt auf der Hand, daß eine derartige Forderung sich nur auf solche Industriezweige beziehen kann, die nicht z.B. wegen vorhandener Bodenschätze oder schwer transportierbarer Ausgangsprodukte ortsgebunden sind.

Die wichtige Frage, welche Mittel und Instrumente einer deutschen Industriestandortpolitik zur Verfügung stehen, wird unten näher zu erörtern sein. Hier ist zunächst zu betonen, daß der großstädtischen Industrieansiedlung im wesentlichen nur durch das Angebot von geeigneten, voll konkurrenzfähigen Standorten außerhalb der Ballungen entgegengewirkt werden kann.

3. Ohne hier zunächst auf weitere die Mittel und das Verfahren betreffende Fragen einzugehen, ist der Grundsatz festzuhalten: Durch Beeinflussung der Wirkungskräfte ist eine Auflockerung der Siedlungsstruktur anzustreben. Diese zentrale Gesundungsaufgabe gilt in gleicher Weise für das großstädtische Siedlungsgebiet wie für dessen nähere und weitere Umgebung. Die hier zu erhebenden Forderungen seien in einigen Leitsätzen zusammengefaßt.

Im innerstädtischen Bereich sollte die einseitige City-Orientierung durch die Förderung von Nebenzentren mit zugehörigen Räumen abgefangen werden.

Dem unregelmäßigen Ausufernden der Stadtränder ist durch die Anziehungskraft von neuen Siedlungszentren in geeigneter Stadtnähe entgegenzutreten (Trabanten, Satelliten, Gartenstädte).

Die auf ein jeweiliges Zentrum ausgerichteten Siedlungen sollen möglichst durch gesicherte Grüengebiete räumlich voneinander getrennt gehalten werden.

Wachsender Flächenbedarf sollte nicht durch die regellose periphere Ausdehnung bereits bestehender Siedlungsgebiete, sondern durch neue und in gewissem Umfang auch wirtschaftlich eigenständige Siedlungen gedeckt werden.

Als Industriestandorte geeignete kleinere und mittlere Gemeinden sollten durch Industrieansiedlung und entsprechende soziale, kulturelle und ähnliche Einrichtungen gestärkt werden.

Übereinstimmung besteht ferner in Deutschland darin, daß die ursprüngliche Gesetzmäßigkeit der kegelförmigen Abflachung der Bauhöhen und Geschosshöhen vom Stadtzentrum nach außen keine zwingende Lösung darstellt. Das Gegenteil ergibt sich schon aus dem Grundgedanken der Nebenzentren. Mehrfach werden ausgesprochene Randbetonungen nicht nur aus städtebaulichen Gründen, sondern auch deshalb gefordert, um dort mehr Menschen in die unmittelbare Nähe der Landschaft zu bringen.

Für die ideale, aufgelockerte und in „Nachbarschaftseinheiten“ gegliederte Siedlungsform des städtischen und engeren Umgebungsbereiches wird in Deutschland der Begriff der „Stadtlandschaft“ verwandt.

4. Es liegt auf der Hand, daß ein derartiges Leitbild nicht binnen kurzer Zeit in die Wirklichkeit umgesetzt werden kann. Für eine umfassende Verwirklichung dieser Ziele bedarf es vielfacher Maßnahmen, die in dem nächsten Abschnitt darzustellen sind. Hier seien jedoch vorab einige kurze Hinweise auf das im westdeutschen Raum in der jüngeren Vergangenheit bereits Erreichte gestattet.

a. Das Prinzip der innerstädtischen Auflockerung hat sich als Leitgedanke der großstädtischen Planung in Deutschland allgemein durchgesetzt. Ebenso ist der Gedanke der Gliederung des Stadtraumes in Nachbarschaftseinheiten allgemein anerkannt und spiegelt sich in einer Reihe moderner Planungen wieder. Als Beispiele für gelungene innerstädtische Auflockerungsmaßnahmen seien Wohnsiedlungen in Hamburg (Grindel), Hannover (Kreuzkirchenviertel), Köln (Griechenmarktviertel) angeführt.

b. Während die regellose und ungegliederte Stadtrandansiedlung in Flachbauweise auch im letzten Jahrzehnt im allgemeinen noch überwiegt, ist doch bereits eine Reihe neuer geschlossener Wohnsiedlungen im engeren Stadtrandgebiet gelungen. Als Beispiele hierfür seien genannt: Die Dornbusch-Siedlung in Frankfurt, die Tannenbusch-Siedlung in Bonn, die MSA-Siedlung in Gladbeck-Gelsenkirchen, Hamburg-Farmen, Hamburg-Hohnerkamp, Köln-Steigerwaldsiedlung.

c. Die Schaffung stadtnaher, aber vom Stadtrand deutlich abgesetzter Wohnsiedlungen

(im Sinne von *dormitory estates*) ist nur in vereinzelten Fällen gelungen, so z.B. in Augsburg-Hohenfeld.

d. Ebenso sind stadtnahe Siedlungen, die im Sinne etwa der englischen *Trabantenstädte* durch entsprechenden *Industriebesatz* wirtschaftlich eigenständig sind, erst in wenigen Fällen planmäßig entwickelt worden. Beschränkt man sich auf die Nachkriegszeit, so sind zu nennen: Wedel (bei Hamburg), Kaufbeuren-Neu-Gablonz, Neutraubling (bei Regensburg) und die erst in den Ansätzen befindliche „Sennestadt“ bei Bielefeld.

e. Als Beispiele für die Entwicklung *neuer Stadtlandschaften* in bisher überwiegend ländlichen Räumen, also ohne ursprünglich großstädtische Zentren seien Leverkusen, Marl und Bünde-Ennigloh genannt.

f. *Neue Städte auf dem Lande*, also außerhalb des eigentlichen hier zu erörternden engeren Umland-Bereiches sind in der Nachkriegszeit nur in wenigen Fällen, meist auf der Grundlage früherer Wehrmachtsanlagen entstanden. Als bemerkenswerte Fälle sind Espelkamp-Mittwald, Traunreut, Waldkraiburg und Geretsried zu nennen. Aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg seien Salzgitter und Wolfsburg genannt.

g. *Dezentralisierende Industrieansiedlung und -verlagerung* erfolgte in größerem Umfang während des Zweiten Weltkrieges. Diese Betriebe kehrten jedoch zum größeren Teile in der Zwischenzeit an ihre früheren zentralen Sitze zurück. Ein nicht unbeträchtlicher Anteil verblieb jedoch an den während des Krieges gewählten ländlichen Standorten. Bemerkenswert sind auch die Fälle, in denen kleinere Betriebe in weniger luftkriegsgefährdeten Gebieten durch damalige Rüstungsaufträge gestärkt worden sind und sich seither anhaltend entwickelt haben (Beispiel: Bünde-Ennigloh).

Weitere Industrieansiedlungen in ländlichen Gebieten erfolgten durch Flüchtlinge und Ostvertriebene. Als Beispiele sind hier neben den bereits erwähnten neuen Siedlungen Espelkamp-Mittwald, Traunreut und Waldkraiburg weiter zu nennen: Wertheim und Hinrichsseggen. In vielen anderen Fällen handelt es sich um einzelne gestreut angesetzte Flüchtlingsbetriebe.

Schließlich gibt es vereinzelte Fälle der Gründung neuer Zweigbetriebe bereits bestehender größerer Werke außerhalb der Ballungen, so z.B. der Firmen Bosch, Siemens, Borgward und Klöckner-Möller.

Im Großen sind jedoch in den letzten Jahren ins Gewicht fallende Industrieansiedlungen und -verlagerungen in den Gebieten außerhalb der Ballungen nicht zu verzeichnen.

5. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die zur Neuordnung des Verhältnisses der Großstadt und ihres Umlandes anzustrebenden Ziele in Deutschland sehr wohl erkannt sind, daß deren Verwirklichung in erfolgsversprechenden Anfängen steht, daß aber der größere Teil der Aufgaben noch der Lösung harret.

Es erscheint daher empfehlenswert, die zur Lösung der Aufgaben zur Verfügung stehenden und geeignet erscheinenden Mittel im einzelnen zu erörtern.

III. Die Ordnung des Stadt-Umland-Raumes als Aufgabe der Gemeinden und des Staates.

1. Im allgemeinen ist die Feststellung zulässig, daß bislang nahezu ausschließlich die freie individuelle Initiative über die bauliche Nutzung und Gestaltung entschied. Wenn sich aber erweist, daß die freie individuelle Entscheidung zur Störung von öffentlichen Interes-

sen führt, so ist es eine Aufgabe des Staates und der Gemeinden, die jeweiligen individuellen Interessen miteinander und gegenüber den schutzwürdigen Gemeinschaftsinteressen abzuwägen und entweder im Einzelfalle oder im allgemeinen die individuelle Entscheidungsfreiheit zu begrenzen. In dem hier zu erörternden Bereich obliegt der *Planung* die Aufgabe, ein Programm der Raumnutzung aufzustellen und rechtsverbindlich zu verfügen, welches jenen Ausgleich zwischen den individuellen und den öffentlichen Interessen für den Bereich des Bauens und Siedelns vollzieht. Das Ausmaß jedoch, in welchem die öffentliche Gewalt von den Einzelnen ein Tun oder Unterlassen, allgemeine oder besondere Opfer verlangen kann, hängt entscheidend von den gesellschaftspolitischen Wertvorstellungen und deren verfassungs- und rechtspolitischen Fixierungen ab.

Hierbei ist zum Verständnis der deutschen Situation auszuführen, daß als Reaktion gegen die allzustarke Betonung der Gemeinschaftsinteressen in der national-sozialistischen Ära das individuelle Privateigentum und dessen Nutzungsmöglichkeiten durch Gesetz und Rechtsprechung in hohem Maße geschützt worden sind. Erst allmählich beginnt die Erkenntnis sich Bahn zu brechen, daß dem Grundeigentum aus der Natur der Sache besondere soziale Bedingungen innewohnen. Dies vorausgeschickt, ist bezüglich der Stadt- und Landesplanung als dem berufenen Träger einer Neuordnung des Stadt-Umland-Raumes folgendes auszuführen:

2. Die *Stadtplanung* ist in Fortentwicklung des Baupolizeirechts durch die in den Nachkriegsjahren erlassenen Aufbaugesetze in den Stand versetzt worden, rechtsverbindliche, d.h. Verwaltung und Bürger bindende Bebauungspläne (Durchführungspläne) festzusetzen. Die Stadtplanung ist aber auf das jeweilige administrative Gebiet der politischen Gemeinde beschränkt. Sie kann also nicht in rechtsverbindlicher Weise über die Stadtgrenzen hinaus wirken.

In einigen Ländern besteht die Möglichkeit, „Flächennutzungspläne“, d.h. vorbereitende, rahmensetzende Pläne durch eine Stadt auch für deren Umgebung aufzustellen. Hierzu ist aber zu bemerken, daß es sich nur um solche Pläne handelt, die keine Rechtsverbindlichkeit gegenüber dem Bürger besitzen und auch noch durch die Umlandgemeinden selbständig festgesetzt werden müssen.

3. Die förmlich festgesetzten und genehmigten *Bebauungspläne* (Durchführungspläne) sind allgemeinverbindlich. Damit scheint die Realisierung der städtebaulichen Pläne sichergestellt. Die Praxis der Stadtplanung hat jedoch mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen.

a. Das Planungsverfahren ist infolge vielfacher Aufklärungserfordernisse und Mitwirkungsbefugnisse und infolge der teilweise bestehenden Möglichkeit der Einschaltung von Verwaltungsgerichten auf Antrag der Betroffenen langwierig. Der Forderung der Verwaltung auf Beschleunigung des Verfahrens steht das Verlangen nach einem Höchstmaß an Rechtssicherheit für die übrigen Beteiligten und die Betroffenen entgegen. Ein Ausgleich dieser Gegensätze erscheint fast unmöglich.

b. Besondere sachliche Erschwerungen der Planung entstehen durch die zwangsläufige Begünstigung der einen Grundeigentümer und die Beschwerung anderer. Nach geltendem Recht ist es zweifelhaft, in welchen Fällen den Belasteten Entschädigungen zu gewähren sind. Dies führt in vielen Fällen zu einer der Sache abträglichen Zurückhaltung der Planung. Eine Lösung dieser Schwierigkeiten erscheint durch die Gewährung eines Planungsschadenersatzes einerseits und die Auferlegung einer Wertsteigerungsabgabe andererseits

möglich. Der Initiativgesetzentwurf zum Bundesbaugesetz will diesen Weg beschreiten.

c. Die letzte der in diesem Zusammenhang zu nennenden Schwierigkeiten liegt in der Planverwirklichung selbst. Hier soll das Bundesbaugesetz zu einer Neuregelung der planausführenden Erschließung, Enteignung, Umlegung und Zusammenlegung gelangen.

3. Auch bei einer befriedigenden Lösung des Städtebaurechts in all diesen Fragen wird eine vorsorgliche gemeindliche *Bodenvorratspolitik* ihre Bedeutung behalten. Wenn vor allem die Großstadtgemeinden in der Lage sind, an städtebaulich erwünschter Stelle geeignetes Baugelände ggf. auch außerhalb des Stadtgebietes bereitzustellen, ist die von günstigen Landangeboten ausgehende Wirkung in jedem Falle der Anwendung von Zwangsmitteln vorzuziehen. Ähnlich kann das in einigen deutschen Ländern bestehende gemeindliche Vorkaufrecht wirken. Es darf indes nicht übersehen werden, daß eine großzügige Bodenvorratspolitik finanzielle Mittel erfordert, über welche die Gemeinden gegenwärtig nicht in genügendem Maße verfügen.

4. Nach geltendem Recht besteht für die Gemeinden keine *Rechtspflicht zur Ausstellung von Bauleitplänen*. In den kleineren Gemeinden fehlt gegenwärtig auch noch das für die Planungsaufgaben benötigte Personal. Dies führt dazu, daß die den Stadtrand berührenden kleineren Gemeinden nur in den seltensten Fällen durch rechtsverbindliche Pläne einen wirksamen Einfluss auf die Siedlungsstruktur nehmen. Daher wirkt sich auch die ohnehin schwache Vorschrift, daß die Bauleitpläne benachbarter Gemeinden aufeinander abzustimmen sind, nicht im Sinne einer *Gesamtplanung* der aufeinander angewiesenen Gemeinden aus. Eine derartige, auf den Gesamttraum ausgerichtete Planung ist aber notwendig.

5. Dem Ziele, eine solche Gesamtplanung zu ermöglichen, dient die in der Vergangenheit öfters betätigte Möglichkeit der Veränderung der administrativen Stadtgrenzen, die „*Eingemeindung*“. Die Eingemeindung wurde durch das neue Gemeindeverfassungsrecht nach dem Zusammenbruch erschwert, offensichtlich aber nicht nur deshalb in den letzten Jahren nur selten betätigt. Zuvor hatten Eingemeindungen in relativ größerem Umfang stattgefunden. Eine der Ursachen für die heute überwiegende Zurückhaltung kann darin liegen, daß kurz vor dem Kriege eingemeindete Bezirke – infolge des Krieges und der vordringlicheren Notstandsaufgaben der Nachkriegszeit – gegenüber den zuvor gegebenen Versprechungen vernachlässigt worden sind. Hinzu kommt – aus der kommunalpolitischen Sicht betrachtet – der Widerstand, der sich auf die Einbuße der gemeindlichen Selbständigkeit und Interessenvertretung für die einzugemeindende Gemeinde gründet. Auch spielt hier die Einstellung des jeweils beteiligten Landkreises eine Rolle, dessen Verwaltungsgebiet durch die Abgabe an den Stadtkreis geschmälert wird.

6. An dieser letzten Feststellung knüpfen Robert Schmidts Vorschläge zur Bildung von *Großkreisen* an, in denen die Gebiete der Großstadt mit dem oder den sie umgebenden Landkreisen auch administrativ zu einem einheitlich verwalteten Raum zusammengefaßt werden sollen. Es erscheint bedauerlich, daß diese Vorschläge, die einen echten Beitrag zur Lösung des Stadt-Umland-Problems darstellen können, in Recht und Praxis noch nicht weiter entwickelt worden sind.

7. Ein neuerer Vorschlag sieht die Bildung von „*Industriekreisen*“ vor, in denen Stadtgemeinden und der sie umgebende Landkreis zu einer neuen administrativen Einheit mit beschränkten Aufgaben der Planung, der Erschließung und des Finanzausgleichs ver-

schmolzen werden sollen. Erfahrungen mit diesen Vorschlägen, die sich im Stadium theoretischer Erwägungen befinden, können noch nicht berichtet werden.

8. Ein letzter in diesem Zusammenhang zu erwähnender Weg ist die Zusammenfassung der Stadtgemeinde mit einer oder mehreren Umlandgemeinden im Rahmen einer *Verwaltungsvereinbarung*. Bemühungen auf diesem Wege ohne die Schaffung eines einheitlichen Verwaltungsgebiets, also unter Wahrung der kommunalrechtlichen Selbständigkeit der beteiligten Gemeinden werden seit einiger Zeit im Raume der Stadt Bünde und des Amtsverbandes Ennigloh betrieben.

9. Der zuletzt genannte Weg stellt schon einen Übergang zu den jetzt darzustellenden übrigen Möglichkeiten der *interkommunalen Zusammenarbeit zwischen der Stadt und ihren Umlandgemeinden* dar.

a. In der Praxis bereits vielfach erprobt ist die Zusammenarbeit in Angelegenheiten des Nahverkehrs, der Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung und der Entwässerung, auch des Berufsschulwesens und der Unterhaltung von Krankenhäusern. Hier existieren, teils in Gestalt von *Zweckverbänden*, teils in Gestalt privatrechtlicher *Gesellschaften* bewährte Formen der zwischengemeindlichen Zusammenarbeit, die zur Lösung der Stadt-Umland-Aufgaben in Teilbereichen beigetragen haben und hierzu weiter benötigt werden.

b. Eine neuartige Form für die Regelung der im Verhältnis zwischen der Stadt und ihrem Umland zu lösenden Aufgaben wird in Gestalt der „*Nachbarschaftsverträge*“ versucht. Diese sollen z.B. die gemeinsame Aufstellung von Flächennutzungsplänen, die Bereitstellung und Ausweisung von Baugelände, die Beteiligung an gemeinsamen Versorgungs- und Verkehrseinrichtungen, Krankenhäusern etc. regeln. Verhandlungen zum Abschluß derartiger Verträge schweben z.Zt. zwischen Frankfurt und einigen Umlandgemeinden.

c. Erst in vereinzelt angehenden Anfängen bestehen interkommunale Zusammenschlüsse mit dem speziellen Ziel der gemeinschaftlichen oder vereinbarlichen Siedlungsplanung der Stadt und ihres Umlandes. Beispiele hierfür sind die *Planungsgemeinschaften* für das Münchener und Trierer Gebiet. Ähnliche Funktionen verfolgt die *Kommunale Arbeitsgemeinschaft* für das Rhein-Neckar-Gebiet und die gerade in der Gründung schwebende Arbeitsgemeinschaft für das Unter-Main-Gebiet.

10. Die zuletzt genannten interkommunalen Planungsgemeinschaften haben ihr großes und bewährtes Vorbild in dem *Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk*, der als überkommunaler Verband echte Verwaltungszuständigkeiten besitzt, die über reine Planungsaufgaben weit hinausgehen. Bei der Erwähnung dieses Beispiels muss allerdings betont werden, daß in dem zusammenhängenden Ruhrgebiet besondere Verhältnisse gegeben sind, die eine Übertragung der Einrichtung des Siedlungsverbandes auf andere Gebiete ausschließen. Für den Sonderfall des Ruhrgebietes sind die mit dem Siedlungsverband gemachten Erfahrungen außerordentlich positiv zu bewerten.

11. Ähnliches gilt für die durch das nordrhein-westfälische Landesplanungsgesetz geschaffenen *Landesplanungsgemeinschaften*. Diese bestehen jeweils für das Gebiet der ehemaligen Provinzen Westfalen und (Nord-)Rheinland. Der Ruhrsiedlungsverband hat durch dieses Gesetz ebenfalls die Funktion einer Landesplanungsgemeinschaft erhalten.

Hauptaufgabe der Landesplanungsgemeinschaften ist die Aufstellung großräumiger Raumordnungs- und Entwicklungspläne. Es liegt auf der Hand, daß durch diese Pläne in Sonderheit auch auf die Gestaltung der Stadt-Umland-Gebiete wirksamer Einfluss ge-

nommen werden kann. Die Raumordnungspläne können im übrigen durch staatliche Anordnung für verbindlich erklärt werden. Dies bewirkt, daß die Gemeinden, aber nur diese, nicht auch die Bürger schlechthin, an diese Pläne gebunden werden.

12. Die soeben erwähnten Landesplanungsgemeinschaften sind Organe der *Landesplanung*. Diese existiert als Aufgabe und Organisation in allen Ländern der Bundesrepublik. Die Aufgaben sind im Prinzip dieselben, wie sie soeben für die Landesplanungsgemeinschaften kurz angedeutet wurden. Abgesehen von dem nordrhein-westfälischen Sonderfall der Verbindlichkeitserklärung von Raumordnungsplänen besitzt aber die Landesplanung keine Weisungsbefugnisse. Die Organe der Landesplanung sind darauf beschränkt, Fehlentwicklungen aufzuzeigen und positive Lösungsvorschläge im großräumigen Bereich zu entwickeln.

13. Die Entwicklungspläne erlangen die Kraft rechtlicher Allgemeinverbindlichkeit erst durch Vermittlung der rechtssetzenden örtlichen Bebauungspläne. Für eine wirksame Siedlungslenkung kommt es also darauf an, daß die Ziele der Landesplanung in den Bebauungsplänen der Gemeinden ihren Niederschlag finden. Dies ist theoretisch durch das Erfordernis der staatlichen Genehmigung der örtlichen Bebauungspläne gewährleistet. In der Praxis klaffen allerdings noch Lücken, die zum Teil darin liegen, daß rechtsverbindliche Bebauungspläne nicht in allen Gemeinden – insbesondere in den Stadtrandgemeinden nur selten – aufgestellt werden. Diese Lücke beabsichtigt das in Vorbereitung befindliche Bundesbaugesetz zu schließen. Dort ist vorgesehen, daß die staatlichen Aufsichtsbehörden die Gemeinden zur Planaufstellung zwingen können. Die Notwendigkeit hierzu wird sich u.a. in den Stadtrandgemeinden ergeben.

14. Die städtebauliche Ortsplanung trifft nur die eine Richtung landesplanerischer Betätigung. Nicht minder wichtig ist die andere Seite: Die *Koordination aller staatlichen und kommunalen Maßnahmen*, die sich raumbeeinflussend auswirken.

Als staatliche Förderungs- und Lenkungsmaßnahmen, die je nach ihrer Ausgestaltung zur Lösung der Stadt-Umland-Probleme beitragen können, sind zu nennen: die Vergabe und Verteilung staatlicher Wohnungsbaumittel, die staatliche Verkehrspolitik (Führung, Ausbau und Betrieb überörtlicher Verkehrswege und -mittel, Tarifgestaltung der Bundesbahn), die Kulturpolitik, die Investitionspolitik, die Kapitalmarktpolitik, die Anleihepolitik, die Bestimmung von Verwaltungssitzen, die Stationierung von Truppen, die Vergabe öffentlicher Aufträge, die Bereitstellung öffentlicher Kredite für Sonderprogramme, auch die nach Gemeindegrößenklassen differenzierten Lohn- und Besoldungsregelungen, kurz: der Einsatz staatlicher Mittel schlechthin, die Steuergesetzgebung, nicht zuletzt die Handhabung des gemeindlichen Finanzausgleichs. Sicherlich ist es kaum möglich, mit *einzelnen* dieser staatlichen Förderungs- und Lenkungsmittel – wenn isoliert angewandt – auf das Verhältnis Stadt/Umland entscheidenden Einfluss zu nehmen oder eine wirksame Industriestandortpolitik zu betreiben. Wohl aber kann eine solche Wirkung durch eine planmäßige und folgerichtige Zusammenfassung all dieser Hilfsmittel erreicht werden.

Die Schwierigkeit einer derartigen Zusammenfassung besteht vor allem darin, daß die Zuständigkeiten für viele dieser Maßnahmen bei verschiedenen Ressorts und Behörden liegen. Der gegenseitigen Unterrichtung, Abstimmung und Zusammenarbeit kommt daher große, ja entscheidende Bedeutung zu. Die Verantwortung hierfür liegt letzten Endes

bei der Staatsregierung und stellt einen der Kernpunkte der Innen-, Finanz- und Wirtschaftspolitik dar.

15. Die für den Stadt-Umland-Bereich besonders wichtige *Industriestandortpolitik* ist, soweit diese in die öffentliche Verantwortung fällt, eine Gemeinschaftsaufgabe von Staat und Gemeinden.

Die Möglichkeit einer Beeinflussung der freien unternehmerischen Standortwahl wurde oben bereits auf diejenigen Branchen begrenzt, die nicht aus bestimmten Gründen ortsgebunden sind. Auch mit dieser Einengung muß die erhobene Forderung sich auf den Einsatz solcher Mittel beschränken, die der gegenwärtigen Gesellschaftsstruktur entsprechen. Eine unmittelbare Einflußnahme, etwa im Wege des Ansiedlungsgebots oder -verbots, ist unter den gegenwärtigen deutschen Verhältnissen kaum denkbar und liegt daher außerhalb praktischer Erwägungen. Eine deutsche Industriestandortpolitik kann und muß sich auf die Instrumente mittelbarer Beeinflussung beschränken.

Einer der praktisch wichtigsten Wege mittelbarer Einflußnahme ist in der Schaffung und dem Nachweis geeigneter und günstiger Industriestandorte außerhalb der bisherigen Ballungsräume zu erblicken. Auch unter diesem Gesichtspunkt stellt die industrielle Stärkung geeigneter Orte im ländlichen Bereich einen Beitrag zur Lösung der Aufgaben in den großstädtischen Ballungen dar. Die Verwirklichung derartigen Bestrebungen wird durch die herrschenden Auffassungen über Zweck und Inhalt der Marktwirtschaft nicht unerheblich erschwert. Es kann aber damit gerechnet werden, daß auch eine freie industrielle Standortwahl solchen Bestrebungen Folge leistet, wenn es gelingt, auch in entwicklungsfähigen und -würdigen ländlichen Räumen überzeugende Ansiedlungsvoraussetzungen zu schaffen, die in einen echten Wettbewerb zu den großstädtischen Gebieten treten können.

Dies wird indes nur dann erreicht werden können, wenn die in der Vergangenheit gelegentlich angewandten Methoden der wahllosen Industrieanwerbung (z.B. durch Grund- und Gewerbesteuermanipulationen) aufgegeben werden und auch innerhalb der großstädtischen Verwaltung die Erkenntnis sich Geltung verschafft, daß die Ansiedlung neuer Industrien nur dann der Allgemeinheit Vorteile bringt, wenn die Tragfähigkeit des Raumes noch nicht überbeansprucht ist.

IV. Die Mitwirkung der freien, staatsbürgerlichen, gesellschaftlichen und unternehmerischen Kräfte.

1. Die in den vorstehenden Ausführungen überwiegend unter technisch-fachlichen Aspekten betrachtete Aufgabe der Ordnung des Stadt-Umland-Gebietes ist im Kern und primär *eine politische Aufgabe*, und zwar nicht nur deshalb, weil die entscheidenden Maßnahmen in den Gemeindevertretungen und Parlamenten zu beschließen sind. Dies gilt insbesondere für die Planung, deren Lebensnähe und Realisierbarkeit umso mehr gewährleistet sind, als sie das Ergebnis einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen dem Fachmann, den politischen Vertretungskörperschaften und der Bürgerschaft darstellt. Erkennt man, daß die Ordnung der Stadtlandschaft nicht nur eine technische Frage ist, sondern im gleichen Umfange soziale, wirtschaftliche, kulturelle, finanzielle, ästhetische und vielerlei andere Aspekte besitzt, so wird offensichtlich, daß alle Lösungsversuche und Maßnahmen tief in das individuelle und in das Gemeinschaftsleben eingreifen.

2. Das Verständnis für diese Voraussetzungen und Wirkungen der Orts- und Landesplanung muss – neben den reinen Fachkenntnissen – von den leitenden Persönlichkeiten der Gemeinde- und Staatsverwaltung erwartet werden. Hier wird ein Schwergewicht in der *Ausbildung des Nachwuchses für die Orts- und Landesplanung* liegen, deren zunehmende Bedeutung in Deutschland wohl bereits erkannt ist. Es muss allerdings eingeräumt werden, daß die Probleme der Planerausbildung in Deutschland noch nicht gelöst sind.

Die Praxis der deutschen Stadt- und Landesplanung zeigt, daß Erfolge nur dort erzielt werden, wo starke Persönlichkeiten am Werke sind, die nicht nur über die sicherlich unentbehrlichen Fachkenntnisse verfügen, sondern darüberhinaus die Fähigkeit besitzen, eine echte Zusammenarbeit mit einer breiten Öffentlichkeit zustandezubringen.

3. Diese *Zusammenarbeit mit der Öffentlichkeit* besteht im Kern darin, die von der Planung Betroffenen und Begünstigten nicht als Objekte der Planung zu betrachten sondern sie als Mitträger derselben heranzuziehen. Der Planer empfängt in der Demokratie seinen Auftrag von der Gesellschaft. Für sie und mit ihr muss er seinen Auftrag erfüllen.

Es muss eine Partnerschaft zwischen dem Planer, dem Bodeneigentümer, dem Unternehmer, dem Kreditgeber etc. angestrebt werden. Partner aber kann nur sein, wer die Zusammenhänge der Neuordnung erkennt und übersieht. Dazu gehört die Mühe, ihn einzuführen, seine Fragen zu beantworten und Anregungen zu hören. Die Ermutigung der Beteiligten, zur Verbesserung des Planes beizutragen, fördert deren Bereitschaft, einen fremden Plan zu ihrem eigenen zu machen. Dies aber ist notwendig, wenn die Planung durch Überzeugung, und nicht mit den Möglichkeiten des Rechtszwanges in die Wirklichkeit umgesetzt werden soll. Ganz abgesehen davon, daß es im Wesen der Demokratie liegen sollte zu überzeugen, ist es auch in der Praxis leichter, einen von der Öffentlichkeit gebilligten Plan zu verwirklichen, als den Weg der zeitraubenden und meist kostspieligen zwangsweisen Durchsetzung zu wählen. Es ist so betrachtet besser, die Planung während ihrer Entstehungszeit im Gespräch mit der Öffentlichkeit ausreifen zu lassen und ihr ein positives Echo in der öffentlichen Meinung zu verschaffen. Die hier „verlorene“ Zeit läßt sich bei einer zügigen Plandurchführung leicht aufholen.

4. Im Hinblick auf das diesen Bericht bewegende konkrete Thema kommt der Aufklärung und Mitwirkung der *Wirtschaft* für die Fragen der industriellen Standortwahl ganz besondere Bedeutung zu. Wissenschaft und Praxis sind hier aufgeboten, den Unternehmen eindeutige Daten für die Beurteilung der Standortwahl bereitzustellen. Niemand kann erwarten, daß der einen neuen Standort wählende Unternehmer das Risiko einer plangelenkten Standortwahl übernimmt, ohne deren betriebswirtschaftliche Tragweite übersehen zu können.

5. Als Partnern der Planung kommt den *Wohnungs- und Siedlungsunternehmen* eine besondere Bedeutung zu. Diese haben in Fällen, die z.T. in dem bisherigen Teil des Berichts genannt wurden, durch zusammenhängende Bebauung städtebauliche Leistungen vollbracht, die nur aus einer echten Partnerschaft mit der der Stadtplanung erklärbar sind. Diese Gesellschaften haben darüberhinaus in vielen Fällen die Lücke geschlossen, die sich bei der gemeindlichen Bodenvorratspolitik aus finanziellen Gründen ergeben hatte. In geeigneten Fällen mag die Behörde einer derartigen initiativen Planung der Wohnungs- und Siedlungsgesellschaften gegenüber sich sogar auf reine Aufsichtsaufgaben beschränken können.

6. Nicht übersehen werden darf die Funktion der *Kreditinstitute*, ohne deren Hilfe weder groß- noch kleinräumige Planungsvorhaben verwirklicht werden können. Je früher diese Institute in die Grundideen der Planung eingeführt werden, umso aufgeschlossener werden sie später für deren Finanzierung sein.

7. Das oben aufgezeigte Ziel der inneren Gliederung des Stadtgebietes in Nachbarschaftseinheiten kann nicht allein mit planerischen Maßnahmen erreicht werden. Hierzu bedarf es der Menschen, die zum bewußten Leben in einer derartigen Nachbarschaftseinheit bereit sind. Dabei können *Bürgervereine, Heimatvereine und Bezirksvereine* als zellenbildende Kräfte wesentliche Beiträge leisten.

8. Einen engeren Bezug auf konkrete bauliche Aufgaben haben die in Deutschland in der Nachkriegszeit mehrfach gebildeten „*Aufbaugemeinschaften*“ geleistet. Ähnliche Funktionen fallen den *Siedler- und Selbsthilfegemeinschaften* zu. All diesen ist das eine gemeinsam, daß die sich einem von ihnen selbst mitbeeinflußten Plan zur baulichen Nutzung eines bestimmten Gebietes zusammengeschlossen haben und für die Zeit bis zur Fertigstellung des Bauvorhabens auf die individuelle Wahrnehmung ihrer Rechte weitgehend verzichten.

9. *Die Berufs-, Wirtschafts- und Fachverbände* haben das Recht zur Mitwirkung an der Planung schon lange für sich in Anspruch genommen, meist jedoch zu dem verständlichen Zweck, die jeweiligen Gruppen- oder Sachgebietsinteressen wahrzunehmen. Die von diesen Gruppen ausgehenden Einflüsse werden sich aber nur dann fruchtbar auswirken, wenn sie in die Leitideen der Planung voll eingeführt und so zu einer Abwägung der Interessen veranlasst werden und so ihre Bereitschaft zur Unterstützung der Planung gestärkt wird.

10. Die auf höherer Ebene mit den Landesplanungsgemeinschaften gemachten Erfahrungen veranlassen zu einem in Deutschland erst in den Anfängen stehenden Gedanken, eine ähnliche Einrichtung, bezeichne man sie nun als *örtliche Gesellschaft für Städtebau* oder als Ortsplanungsgemeinschaft, ins Leben zu rufen. Hier könnte ein Forum der Aussprache geschaffen werden, welches zu einer guten und realisierbaren Planung beitragen kann.

11. Um all diese breiteren Kreise der Öffentlichkeit unterrichten, gewinnen und überzeugen zu können, werden die für die Orts- und Landesplanung zuständigen Stellen sich der heute zur Verfügung stehenden *Informationsmittel*, z.B. Presse, Rundfunk, Film, Vorträge, Druckschriften in sinnvoller Weise bedienen müssen.

Werden auf diesem Wege auch breitere Kreise der Öffentlichkeit über die dringlichen Aufgaben und Ziele der Stadt- und Landesplanung unterrichtet und von ihrer Rechtfertigung überzeugt, so liegt darin der wohl wesentliche Beitrag auch zur Lösung der diesen Bericht bewegenden besonderen Probleme der wachsenden Stadt und ihres Umlandes.

Dieser Bericht wurde erstattet nach Beratungen und Anregungen unter Beteiligung der Herren: Staatsminister a.D. Binder, Beigeordneter Blunck, Stadtbaurat Dr. Bräuer, Verbandsdirektor Dr. Brecht, Ministerialrat Professor Dittus, Ministerialdirigent a.D. Döschner, Direktor Dr. Fehre, Baurat Geertz, Beigeordneter Dr. Hollatz, Professor Dr. Ipsen, Beigeordneter Jacobi, Direktor Dr. Kampffmeyer, Regierungsbaumeister a.D. Dr. Krebs, Ministerialrat Langer, Dipl.-Volkswirt Lenort, Stadtrat a.D. Dr. May, Verbandsdirektor Dr. Naehrer, Regierungsdirektor Dr. Röhrs, Oberbaudirektor Dr. Rosenberg, Bürgermeister Dr. Scheller, Minister a.D. Dr. Schmidt, MdL (Wuppertal), Stadtbaurat Dr. Schmidt (Augsburg), Stadtbaurat a.D. Schmidt (Marburg), Dr. Schütte, Baurat Schubert, Direktor Dr. Seifarth, Professor Dr. Specht, Ministerialdirigent Steinbiß, Oberregierungsrat Dr. Tilse, Beigeordneter Umlauf, Geschäftsführer Dr. Wendt, Magistratsbaudirektor Willing, Baudirektor a.D. Wortmann, Beigeordneter Zahn, Ministerialrat Dr. Zinkahn.

Deutsche Literatur zum Thema "Stadt-Umland"

I. Allgemeines

a. Grundsätzliches

- Bobek, H.: Grundfragen der Stadtgeographie. In: Geogr. Anzeiger. Jg. 28, 1927, S. 213-224.
- Bobek, H.: Bevölkerungsstudien im Übergangsbereich von Stadt zu Land. In: Ber.z. dt. Landeskd. Jg. 1, 1941, 1. S. 26-30.
- Boustedt, O.: Statistik und Landesplanung. Eine Untersuchung zum Problem der Stadtrandgemeinden. In: Bayern in Zahlen. 2, 1948, S. 65.
- Dittrich, E.: Stadt-Umland. Eine Aufgabe der Raumpolitik. - Bonn 1954. - Vorträge des Instituts für Raumsforschung. 5.
- Firey, W.: Grenzen als Faktoren in der Gemeindeplanung. In: Soziale Welt. Jg. 5, 1954, 2. S. 114.
- Fischer, L.: Über das Wachstum großer Städte. In: Städtestatistik in Verwaltung und Wiss. Berlin 1950. S. 121-128.
- Göderitz, J.: Die Stellung der Städte in der Landesplanung. In: Z.f. Raumsforschung 1950, 3/5. S. 114-117.
- Hahn, K.: Die neue Großstadt. In: Die Gegenwart. Jg. 2, 1947, S. 16.
- Mathiesen, I.: Die Stadt als geographisches Problem. Ein Beitrag zur Frage der Beziehungen von Stadt und Umgebung am Beispiel von Landshut/Bay. In: Landschaft und Land. Remagen 1951.
- Mecking, L.: Probleme der Großstadt. In: Nordwestdt. Hefte. Hamburg. 1947, 9.
- Mecking, L.: Die Entwicklung der Großstädte in den Hauptländern der Industrie. - Hamburg: Ellermann 1949. 102 S., zahlr. Ktn u. Pl. = Planung (Schr. f. Landesplanung u. Städtebau).
- Mecking, L.: Raumgesetzlichkeiten in der Entwicklung der Großstädte. In: Techn. Mittn. 44, 1951, 8. S. 292-295.
- Niederschrift über die 2. Arbeitsbesprechung „Abgrenzung von Stadtgebiet und Umland am 2. März 1953 im Amt für Landeskunde, Remagen. Mit Anhang: Übersicht über die ausländischen Methoden zur Stadt-Land-Abgrenzung. (Als Manuskript vervielfältigt.)
- Niederschrift über die Tagung „Stadt und Umland“ am 6. Mai 1954 im Rathaus der Stadt Offenbach am Main. (Als Manuskript vervielfältigt.)
- Niederschrift von der Arbeitsbesprechung über Abgrenzung von Stadtgebiet und Umland am 2. März 1953 im Amt für Landeskunde, Remagen. Mit Anhang: Übersicht über die ausländischen Methoden zur Stadt-Land-Abgrenzung. (Als Manuskript vervielfältigt.)
- Schöller, P.: Aufgaben und Probleme der Stadtgeographie. In: Erdkunde Bd VII, 1953, S. 161, Schriftt.
- Schrepfer, H.: Großstadtlandschaft und Großstadtmensch. In: Bevölkerungsbiologie d. Großstadt. Stuttgart 1941. S. 94-107. Auch in: Z.f. Rassenkd. u. d. ges. Forschg. am Menschen. Jg. 12, 1941, 2/3. (Breslau-Sb.) S. 230-243.
- Schrepfer, H.: Zur Geographie der Großstadt und ihrer Bevölkerung. In: Z.f. Erdkd. Jg. 12, 1944, 7/8. S. 264-268.
- Schwarz, M. K.: Die lebendige Wirklichkeit der Stadtrandzone. In: Bau-Rdsch. 39, 1947, 7. S. 193-195.
- Die große Stadt und die kleine Gemeinde. Ihre Kraft und ihre Schwäche. Berichte für den Wiener Kongress 15. bis 20. Juni 1953. Hrsg. Internationaler Gemeindeverband. - Den Haag 1953, 247 S.
- Staubach, H.: Möglichkeiten und Grenzen der Großstadtauflockerung. In: Raumsforschg. u. Raumordng. 1948, 5. S. 138-141.
- Staufer, E.: Gemeindeforschung in Deutschland. In: Soziale Welt. Jg. 5, 1954, 2. S. 133 (Die Darmstädter Gemeindestudien als Beispiel.)
- Striemer, A.: Das Stadt-Land-Problem, die gewerbliche Entwicklung der Landgemeinden als Aufgabe der Landesplanung. In: D. Bauhelfer, 1948, S. 227-229.
- Strölin, K.: Raumprobleme im Bereich der Großstadt. Manuskript.
- Thünen, J. H. v.: Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie. - Hamburg 1826.

- Vogt, H. W.: Auflockerung deutscher Großstädte nach dem Kriege unter dem Gesichtspunkt der Raumordnung. Möglichkeiten und Grenzen. In: Raumsforschung u. Raumordng. 1948, 2. S. 51-56.
- Wortmann, W.: Der Umbau des Stadtrandes. Die Entwicklung des Stadtrandes vom 1850 bis heute. In: Bau-Rdsch. Jg. 39, 1949, 7. S. 185-192.

b. Begriffe und Methoden

- Arnold, H.: Die Abgrenzung der Stadtlandschaft. Ein Beitrag zur Stadtgeographie und zur Raumplanung. In: Wiss. Veröffn. d. Inst. f. Länderkd. N.F. 12, 1953, S. 71-130.
- Bobek, H.: Über einige funktionelle Stadttypen und ihre Beziehungen zum Lande. In: Comptes rendus du Congrès international de Géographie Amsterdam 1938. Bd. 2. Leiden 1938, S. 88-102.
- Bodascher: Untersuchung über Grenzen der Stadtumgebung. In: Techn. Gemeindebl. Jg. 1939, 3 S. 56-58.
- Boustedt, O.: Die Stadt und ihr Umland. In: Raumsforschung und Raumordnung. Jg. 11, 1953, S. 20 (ff).
- Carol, H.: Die Wirtschaftslandschaft und ihre kartographische Darstellung. In: Geographica Helvetica. 1, 1946, 3. S. 246-279. (Beispiel Zürich).
- Christaller, W.: Die zentralen Orte in Süddeutschland. - Jena 1933.
- Christaller, W.: Rapports fonctionels entre les agglomérations urbaines et les campagnes. In: Comptes rendus du Congrès international de Géographie Amsterdam 1938, II. S. 123-138. (Deutsch.)
- Christaller, W.: Siedlungsgeographie und Kommunalwissenschaft. In: Petermanns geogr. Mittn. 1938, S. 49-53.
- Christaller, W.: Wesen und Arten sozialräumlicher Landschaftseinheiten und ihre Darstellung auf der Karte 1 : 200.000. Diskussionsbemerkungen zu Richtlinien. In: Ber. z. dt. Landeskd. Bd 7, 1950, 2. S. 357-367.
- Zur Darstellung von Soziallandschaften auf der Grundlage einer Gemeindetypisierung. In: Institut f. Raumsforschung, Bonn. Informationen. Nr. 42-43, 1951.
- Deneffe, P.: Soziale Topographie der Großstadt. In: Allg. Statist. Arch. Bd 33, 1949, 4. S. 444-471.
- Dittrich, E.: Über Neugliederungsversuche von Stadt-Umland. In: Raumsforschg. u. Raumordng. Jg. 12, 1954, 2/3. S. 72-74.
- Fehre, H.: Zum Entwurf einer korrelativen Volksdichtekarte. In: Ber. z. dt. Landeskd. Bd 7, 1949, 1. S. 102-115.
- Fehre, H.: Zyklisches Wachstum der Großstädte. In: Ber. z. dt. Landeskd. Bd 7, 1950, 2. S. 332-339 (Beispiel Dresden)
- Fehre, H.: Zeitliches und räumliches Wachstum der Großstädte in Zyklen. In: Städtestatistik im Verwaltg. u. Wissenschaft. Berlin 1950, S. 159-200.
- Finke, H. A.: Soziale Gemeindetypen. In: Das deutsche Flüchtlingsproblem. Sh. d. Z. f. Raumsforschg. 1951.
- Fischer, L.: Zum Problem des Einzugsbereichs einer Großstadt. In: Statist. Mittn. d. Stadt Köln. 7, 1952, 1. S. 34-35.
- Fürst, G.: Stadt und Land in der Methode der Statistik. In: Allg. Statist. Arch. Bd 20, 1930, S. 216-223.
- Grundlagen der Stadtbildung. Zur Größe der Stadt. Zur Flächenbegrenzung und zur verwaltungsmäßigen Eingliederung. In: Siedlungsgestaltg. aus Volk, Raum u. Landschaft. 1942, 9. S. 29-32.
- Harthke, W.: Gliederung und Grenzen im Kleinen. Rhein-Main-Gebiet. In: Erdkunde. Bd 2, 1948, S. 174-179, 3 Ktn.
- Hasse, E.: Die Intensität großstädtischer Menschenanhäufungen. In: Allgem. Statist. Archiv. 2, 1892.
- Hesse, P.: Grundprobleme der Agrarverfassung, dargestellt am Beispiel der Gemeindetypen und Produktionszonen von Württemberg, Hohenzollern und Baden. - Stuttgart 1950.
- Hesse, P.: Über die Typologie des Raumes. In: Ber. z. dt. Landeskunde. Bd 9, 1950, 1. S. 37-44.
- Horstmann, K.: Die Gliederung nach Stadt und Land. In: Allgem. Statist. Archiv. Jg. 28, 1938, S. 22.

Huttenlocher, Fr.: Versuche kulturlandschaftlicher Gliederung am Beispiel von Württemberg. - Stuttgart: Hirzel 1949. = Forschgn. z. dt. Landeskde. Bd. 47.

Klöpper, R.: Methoden zur Bestimmung der Zentralität von Siedlungen. In: Geogr. Taschenbuch. 1953, S. 512-519.

Klöpper, R.: Der Einzugsbereich einer Kreisstadt. In: Raumforsch. u. Raumordng. Jg. 11, 1953, S. 73-81.

Linde, H.: Gemeindetypen in Niedersachsen. In: Neues Arch. f. Niedersachsen. 1953, S. 116.

Mauil, O.: Die Bedeutung der Grenzgürtelmethode für die Raumforschung. In: Z. f. Raumforsch. 1950, S. 236-242.

Mayer, R.: Methoden zur Bestimmung der Stadtgrenzen. In: Z.f. Erdkde. Jg. 4, 1936, S. 548-554.

Mayer, R.: Ein geographischer Stadtbegriff. In: Z. f. Erdkde. 1943, 10.

Meer, Th. L. V.: Wandlungen des Stadtbegriffes. - Zürich 1951.

Meynen, E. u. F. Hoffmann: Methoden zur Abgrenzung von Stadt und Umland. In: Geogr. Taschenbuch 1954/55, S. 418-424.

Pfeil, E.: Großstadtforschung. Fragestellungen, Verfahrensweisen u. Ergebnisse einer Wissenschaft, die dem Neubau von Stadt und Land von Nutzen sein könnte. - Bremen-Horn 1950. 272 S. = Veröffn. d. Akad. f. Raumforsch. u. Landesplang., Bd. 19.

Pirath, C.: Das Raumzeitsystem der Siedlungen. - Stuttgart: Wittwer 1947, 39 S.

Rudolphi, A. u. H. Buttstädt: Versuch einer mathematischen Bestimmung von Großstadtreichweiten. In: Geogr. Wschr. Bd 2, 1934.

Schott, S.: Großsiedlungen (großstädtische Agglomerationen) In: Statist. Jb. Dt. Städte. 1929, S. 66-96.

Schrepfer, H.: Über Wirtschaftsgebiete und ihre Bedeutung f.d. Wirtschaftsgeographie. Mit besonderer Berücksichtigung des Rhein-Mainischen Raumes. In: Geogr. Wochenschr. Jg. 3, 1935, S. 497-520.

Schütte, W., E. W. Buchholz u. W. Köllmann: Die Sozialplanung als eine Grundlage der Landesplanung. (Abgrenzung des „Umlandes“ der Stadt am Beispiel Hannover) In: Raumforsch. u. Raumordng. Jg. 11, 1953, 2. S. 93.

Schultze, J. H.: Der ideale Landkreis und seine Grenzen. In: Petermanns Geogr. Mittn. 1949, 4. S. 145-160.

Schwind, M.: Typisierung der Gemeinden nach ihrer sozialen Struktur als geographische Aufgabe. In: Ber. z. dt. Landeskde. Bd. 8, 1950, 1. S. 53-68.

Sirp, E.: Methoden zur Abgrenzung von Stadt und Umland. Ergebnisse und Versuche im Kölner Raum. In: Ber. z. dt. Landeskde 14, 1954, 1.

c. Verwaltungsfragen

Bauer, W.: Dezentralisation der Großstadtverwaltung. - Göttingen 1950, 1951.

Blaum, K.: Die Stadtlandschaft. In: Reichsverwaltungsbl. Jg. 1941, S. 669-670.

Delius: Die Großstadt als Verwaltungsproblem. In: verwaltungsbl. 1939, S. 133.

Dennewitz, B.: Dezentralisation der Großstadtverwaltung. In: Dt. Verwaltg. 1944, S. 58.

Deseleers, Dekonzentration der Großstadtverwaltung. In: Kommunalpolit. Informationsbriefe. 1952, Nr. 5. S. 137-140.

Dreus, B.: Grundzüge einer Verwaltungsreform. - Berlin 1919.

Forsthoff, E.: Die Verwaltung als Leistungsträger. - Stuttgart, Berlin 1938.

Der Gewerbesteuervergleich als Basis für einen Bevölkerungsausgleich. In: Informationen d. Inst. f. Raumforsch. 24, 1951.

Glum, F.: Die Organisation der Riesenstadt. - Berlin 1920.

Heydenreich, F. A.: Das Auskreisungsproblem in Nordrhein-Westfalen, seine Entwicklung, Bedeutung und Lösung. Gütersloh 1952, 272 S.

Jeserich, K.: Die Deutschen Landkreise. - Stuttgart, Berlin 1937.

Jeserich, K.: Zur Reform der Landkreisverwaltung. - 1938.

Kaeßler, G.: Dezentralisation der Großstadtverwaltung. In: Kommunalpolit. Informationsbrief. 7, 1953, 12. S. 265-266.

Kläber, Hans: Industriegebiete. Ein Vorschlag zur Verwaltungsreform. In: Öffentl. Verwaltg. 6, 1953, 4. S. 117-118.

Kläber, H.: Wege zur Lösung gemeinsamer Aufgaben der Stadt und ihres Umlandes. In: Raumforsch. u. Raumordng. Jg. 12, 1954, 2/3. S. 74-80.

Koch: Eingemeindungsrecht und Polizeiverordnungen. - 1909.

Leyden, v.: Annexierung und Mandat. In: Die Selbstverwaltg. 1949, S. 80. Auch in: D. Städtetag. 1949, S. 198-200.

Müller, Br.: Ortsrecht und Eingemeindung. In: Reichsverwaltungsbl. Bd 50, 1929.

Kommunale Neugliederung. Grundfragen der kommunalen Neugliederung. Denkschrift des Preußischen Städtetages. - 1929. = Schr. d. Dt. Städtetages. H. 6.

Peters, H.: Grenzen der kommunalen Selbstverwaltung in Preußen. - Berlin 1926.

Peters, H.: Zentralisation und Dezentralisation. - Bln. 28.

Peters, H.: Lehrbuch der Verwaltung - 1949.

Schattenfroh, M.: Die Großstadt und ihr Randgebiet. Zum Eingemeindungsproblem. In: Z. d. Akad. f. dt. Recht. 1937, S. 69.

Schöne, Fr.: Zum Thema „Auskreisung“ (II). Der Stachel der Kreiszugehörigkeit und seine Behebung. In: D. öffentl. Verwaltg. 4, 1941, 7. S. 171-177.

Schöne, Fr.: Auskreisung als territoriales Sonderproblem der Landkreise. In: D. öffentl. Verwaltg. 3, 1950, 22. S. 665-671.

Schöne, Fr.: Zur Landkreisreform. In: Die Selbstverwaltg. Jg. 1951, 5.

Surén u. Goetz: Unterteilung einer Großstadt. - Berlin 1951.

Surén u. Loschelder: Die Deutsche Gemeindeordnung 2 Bde. - Berlin 1940.

Wagner, Fr.: Die größeren Städte im Landkreis. Zur historischen, politischen u. juristischen Klärung des Auskreisungsproblems. In: D. Selbstverwaltg. Jg. 7, 1953, 3. S. 55-59, Schriftt.

Wink, G.: Die Notlage der „Vorstadtkreise“. In: D. Selbstverwaltg. Jg. 5, 1951, 3. S. 86-87. Auch in: D. Gemeindegtag. Jg. 4, 1951, 1. S. 4-5 (Beispiel Darmstadt)

2. Regionales

Arbeiterverkehr zwischen Berlin und Umgebung. In: Sieben Jahre Landesplanungsverband Brandenburg Mitte. Heidelberg 1938.

Augustin: Zentralisation und Dezentralisation in der Organisation der Stadt Berlin. In: Gegenwartsfragen der Kommunalverwaltung. Hrsg. v. d. Verwaltungsakad. Berlin 1929, S. 57 (ff)

Baak, B.: Die kommunale Neuordnung im Raume Kleve. - Kleve 1951. Als Ms. gedr.

Beutler, H.: Raumeinheiten des Berufsverkehrs und Stadtländschaften in Südwürttemberg. In: Württemberg-Hohenzollern in Zahlen. Jg. 7, 1952, H. 3 u. 4.

Beyn, H.: Die Alsterdörfer in der großstädtischen Entwicklung Hamburgs. - Hamburg, Diss. (M) 1941.

Denkschrift über die Notwendigkeit von Eingemeindungen im Großraum Leipzig. - 1945.

Denkschrift über die Auskreisung der Stadt Minden. - Minden: Bruns (1948). 24 S.

Denkschrift der Stadt Pforzheim über die notwendige Neugliederung ihres Wirtschaftsbezirks anlässlich der Bildung d. Südweststaates. - Pforzheim 1950.

Denkschrift über die Schaffung eines Großraumes Saarbrücken. - Saarbrücken: Stadtverwaltung 1948.

Dörmann, H.: Duisburg-Meiderich. Ein Beitrag zum Problem der Ruhrstadt. - Frankfurt a. M. 1951. = Frankfurter Geogr. He. Jg. 25, Nr 2.

Endriss, G.: Stadtgeographie von Ulm an der Donau. - Ulm: Höhn 1931. 103 S.

Tübingen, Diss. 1931.

Fehn, H.: Zeitbedingte Wachstumserscheinungen an den Großstadträndern der Gegenwart. In: Ber. z. dt. Landeskde. Bd 8, 1950, 2. S. 296-300.

Feyer, U.: Die Vorortentwicklung von Hannover außerhalb des politischen Stadtgebietes. - Stuttgart, Diss. TH 1948.

Gensel, W.: Siedlungsproblem am Großstadtrand, dargestellt an dem Beispiel des Vorortkreises Stormarn im hamburgisch-preußischen Landesplanungsgebiet. - Würzburg: Triltsch 1937.

Grüneisen, K. G.: Landbevölkerung im Kraftfeld der Stadt (Darmstadt). - Darmstadt 1952. = Gemeindestudie d. Inst. f. Sozialwiss. Forschg. Darmstadt. Monographie 2.

Hartke, W.: Das Arbeits- und Wohnortsgebiet im rhein-mainischen Lebensraum. - Frankfurt a. M. 1938. = Rhein-Mainische Forschgn. 18.

Hartke, W.: Pendelwanderung und kulturgeographische Raumbildung im Rhein-Main-Gebiet. In: Petermanns Geogr. Mittn. 1939, S. 185-190.

Heine, W.: Die Einwirkungen der Großstadt Kiel auf ihre ländliche Umgebung. - Kiel 1938. = Schr. des Geogr. Inst. Kiel. Bd VIII, H. 3.

- Hook, K.: Mannheim als Arbeitsplatz auswärtiger Arbeitskräfte. – Mannheim 1949. = Beitr. z. Statist. d. Stadt Mannheim. 41.
- Hottes, K. H.: Die zentralen Orte im Oberbergischen Lande. – Remagen 1953 = Forschgn z. dt. Landeskd. Bd 69.
- Hottes, K. H.: Kreisraumordnungsplan des Oberbergischen Kreises, Vorgutachten. – Gummersbach 1953.
- Kanold u. Pirath: Grundlagen für die Neuregelung der kommunalen Grenzen im Ruhrgebiet. – Berlin 1928.
- Klemt, H.: Die Stadt Hanau und ihr Umland in ihren wechselseitigen Beziehungen. Eine geographische Untersuchung. Frankfurt: Beck 1940. 80 S. = Rhein-Mainische Forschgn. 24.
- Klöpffer, R.: Niedersächsische Industriekleinstädte, siedlungsgeographisch betrachtet. Beispiele zur Umwandlung der Kulturlandschaft durch Ansiedlung von Industrie. – Oldenburg 1941. 127 S. = Schr. d. Wirtschaftswiss. Ges. z. Studium Niedersachsens. N.F. Bd 14.
- Klöpffer, R.: Landkreis und Stadt Ludwigshafen a. Rh. Regierungsbezirk Pfalz. – Speyer: Zechner 1955. = Die Landkreise in Rheinland-Pfalz. Bd. 2.
- Knibbe, H.: Die Großsiedlung Hannover. Die wirtschaftliche Verflechtung der politischen Stadt mit dem Vorraum. – Hannover 1934.
- Kötter, H.: Struktur und Funktion von Landgemeinden im Einflusbereich einer deutschen Mittelstadt. – Darmstadt. 1952. (Zugl. Diss. Gießen 1951 u.d. Titel: Struktur und Funktion von Landgemeinden im Einflusbereich der Stadt Darmstadt.)
- Kühne, G.: Die Stadt Kamenz in den Beziehungen zu ihrem Hinterland. – Dresden 1937.
- Leyden, F.: Groß-Berlin, Geographie einer Weltstadt. – Breslau 1933.
- Louis, H.: Die geographische Gliederung von Groß-Berlin. 1936.
- Mackenroth, G.: Die Reichweite Halles als Beschäftigungs- und Wohngemeinde. – Halberstadt 1928. = Beitr. z. mitteldt. Wirtschaftsgesch. u. Wirtschaftskde. 7.
- Mader, K.: Freiburg i. Br. Ein Beitrag zur Stadtgeographie. – Karlsruhe 1926. = Badische Geogr. Abh. H. 2.
- Mathiesen, I.: Verden und sein Lebensraum, eine stadtgeographische Untersuchung. In: Jb. d. Geogr. Ges. z. Hannover f. 1938 u. 1939 (1940).
- Mathiesen, I.: Wirtschaftliche und kulturelle Einzugsbereiche und Verwaltungsgliederung im Landkreis Scheinfeld. In: Der Landkreis Scheinfeld. Scheinfeld 1950.
- Mendel, H.: Eingemeinderungsfragen im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet. – 1923. Diss.
- Der Neuaufbau und die Planungsprobleme in Hamburg. Ein Gespräch mit Prof. G. Oelsner. In: Z. f. Raumforsch. 1950, 3/5. S. 120-125, 2 Pl.
- Noack, K.: Vorortsiedlung und Pendelwanderung im Kreise Niederrhein. – Würzburg: Tritsch 1940, 78 S.
- Olbricht, K.: Die deutschen Großstädte. In: Petermanns Geogr. Mittn. 1913, S. 57-67.
- Olbricht, K.: Die Entwicklung der deutschen Großstädte in den letzten 8 Jahren. In: Geogr. Anz. 1934, S. 247-252.
- Ordnung und Planung im Ruhr-Raum. Tatsachen und Aufgaben. Hrsg. v. Inst. f. Raumforsch., Bonn.-Dortmund 1951, 122 S.
- Otremba, E.: Nürnberg, Die alte Reichsstadt in Franken auf dem Wege zur Industriestadt. – Landslut 1950. = Forschgn. z. dt. Landeskd. Bd 48.
- Palseur, R.: Bochum, geographische Betrachtung einer Großstadt im Ruhrgebiet. – Köln 1948, 118 S., Abb., 14 Ktn. Köln. Diss.
- Raumgefüge und Raumbeziehungen im Rhein-Main-Neckargebiet. – Frankfurt a. M. 1951, 58 S., 25 Ktn. im Anh. Als Ms. vervielf. (Maschinenschr.)
- Reichert, M.: Die Vorortbildung der süd- und mitteldeutschen Großstädte. Ein Beitrag zur Siedlungsgeographie. – Stuttgart 1936. = Stuttgarter Geogr. Studien. R.A.H. 54/55.
- Rumpf, M.: Großstädte wachsen inmitten Bauerlandes. In: Volksspiegel. Jg. 5, 1938, I. S. 4-11. (Einzugsbereiche am Beispiel von Bremen und Nürnberg)
- Schilling, M.: Analytische Untersuchung d. wirtschaftlichen und kulturellen Einflusspäre der Stadt Darmstadt. – 1935.
- Schmitz, K.: Die Kommunale Neugliederung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet im Jahre 1929 unter besonderer Berücksichtigung der Stadt Essen. – Diss. 1932.
- Schoenberg, H.: Wuppertal. Eine moderne Umgemeindung geographisch betrachtet. – Diss. 1935.
- Schorr, A.: Die Beziehungen zwischen Arbeit und Wohnort in Berlin. In: Raumforsch. u. Raumordng. Jg. 1938, S. 352-357.
- Schott, S.: Wachstum der deutschen Großstädte. In: Statist. Jb. Dt. Städte. 1903, S. 129-149 u. 1904, S. 18-40.
- Schott, S.: Die Citybildung in den deutschen Großstädten seit 1871. In: Statist. Jb. Dt. Städte. 1907, S. 21-46.
- Seifert, H.: Berliner Wirtschaftskarten. In: D. Erde. Jg. 1949/50, S. 60-66.
- Storch, W.: Kulturgeographische Wandlungen holsteinischer Bauerndörfer in der Umgebung der Industriestadt Neumünster. – Kiel 1939.
- Teiwes, G.: Der Nebenerwerbslandwirt und seine Familie im Schnittpunkt ländlicher und städtischer Lebensformen (Darmstadt). – Darmstadt 1952. = Gemeindestudie d. Inst. f. Sozialwiss. Forschg. Darmstadt. Monographie 3.
- Vogel, W.: Groß-Berlin. In: Petermanns Geogr. Mittn. Jg. 67, 1921, S. 184-187.
- Voigt, H.: Die Veränderungen der Großstadt Kiel durch den Luftkrieg. Eine wirtschafts- u. siedlungsgeogr. Untersuchung. – Kiel 1950. = Schr. d. Geogr. Inst. d. Univ. Kiel. Bd 13, 2 Kiel. Phil. Diss. 1949.
- Voigt, H.: Die wirtschaftliche Entwicklung Kieler Stadtrandsiedlungen. In: Beitr. z. Landeskd. v. Schleswig-Holstein. Kiel 1953, S. 212-220.
- Voigtsberger, H.: Entwicklung und Probleme der Eingemeindungspolitik der Stadt Gera. – 1941. Diss.
- Weis, D.: Die Großstadt Essen. Die Siedlungs-, Verkehrs- u. wirtschaftliche Entwicklung des heutigen Stadtgebietes von der Stiftsgründung bis zur Gegenwart. – Remagen 1951. = Forschgn. z. dt. Landeskd. Bd 59.
- Wie weit reicht der Wirtschaftsraum einer Großstadt? (am Beispiel Münchens gesehen.) In: Münchener Statistik. Jg. 1951, 5. S. 107-110.
- Wiebel, E.: Die Städte am Rande Berlins. – Remagen: Bundesanstalt für Landeskd. 1955 = Forschgn. z. dt. Landeskd. Bd 65. Berlin, Diss. 1944.
- Willi, A.: Die Stadt Rosenheim. Ihre Erscheinung und Raumbeziehungen. – Landslut 1951. = Forschgn. z. dt. Landeskd. Bd. 51.
- Wülker-Weymann, G.: Bauerntum am Rande der Großstadt (Hannover). – Hannover, Diss. 1941.
- Wülker-Weymann, G.: Bauerntum am Rande der Großstadt. II. Bevölkerungs- u. Wirtschaftswandlungen im 19. u. 20. Jahrhundert. – Leipzig 1941. = Bäuerliche Lebensgemeinschaft 3.
- Wunderlich, W.: Hannover unter den deutschen Großstädten. In: Jb. d. Geogr. Ges. z. Hannover f. 1940 u. 1941 (1942) s. 442.
- Ziegler, S.: Die Stadt Essen. Die Grundlagen ihrer Besiedlung, die Siedlung selbst und ihre Einwirkung auf ein natürliches Landschaftsbild. – Essen 1930, 91 S., 9 Abb., 13 Ktn.-Sk. Schrift. = Beitr. z. Landeskd. des Ruhrgebietes. 2. Gemeindetypen in Niedersachsen. In: Arch. f. Landes- u. Volkskd. v. Niedersachsen. 1944, 20. S. 144-148, 1 Kt.

SUMMARY

The City, its environs, and its Hinterland

One of the most difficult tasks of town and country planning is the creation of balanced relations between growing cities, their environs and hinterland. Most of these problems have their origin in the process of industrialization which changed fundamentally the formerly sound relationship between the city and its environs – a process that has by no means come to an end.

I. The Present Situation.

The present-day distribution of population and settlements is characterized by a concentration of industry and labour in huge agglomerations some of which are still growing. The origin of this development is to be seen in the choice of industrial locations. Administrative, traffic, shopping, banking and similar activities have provided more factors of centralization, and thus promoted a further extension of these agglomerations. It is, however, impossible to analyse within the terms of reference of this report causes and consequences of the various factors. May it suffice to state that the present-day functions and spheres of activity form a closely-knit system, and represent one aspect of modern civilisation.

Continued concentration and expansion go hand in hand in these urban agglomerations. One of the consequences of expansion is often a growing distance between work and home. Concentration on the other hand mostly leads to increased building densities in the core of the cities as well as to an augmentation of their spheres of influence.

In spite of a gradual urbanization of neighbouring rural communities the growing economic potential of agglomerations is confronted by a decreasing efficiency of the rest of a region, and especially of the rural areas. The steady increase of population densities in Western Germany as well as the internal migration that has not yet come to a standstill are the causes of a *continuous process of concentration*.

II. Deconcentration of Agglomerations and Their Hinterland.

A change of the present structural situation can only be achieved by curbing the excessive growth of the agglomerations, combined with an increase in the efficiency of the rural areas without neglecting the inherent spatial relations.

Such a structural change has to start with the original factors, the most consequential of which is the location of industries in the urban concentrations. It is therefore, only natural to ask that the further promotion of congested industrial areas may be substituted by an offer of suitable locations outside the agglomerations that are fully competitive.

By influencing these factors a deconcentration of the present spatial structure ought

to be effected. The principles that are to guide this procedure may be formulated as follows:

The one-sided orientation towards the large city cores ought to be changed into a promotion of secondary centres and their hinterland.

The unregulated excessive growth of the urban fringe areas ought to be counteracted by the creation of new centres, such as garden cities and satellite cities, at a suitable distance.

Although these new estates and settlements will be oriented towards a common centre, they ought to be separated from it by distinct green belts.

A growing demand for building sites ought not to be met by an unregulated peripheral expansion of already existing estates and suburbs, but rather by the creation of new estates and towns that to a certain degree are economically independent.

Small and medium-sized communities ought to be invigorated by the introduction of new industries combined with the creation of new social, cultural and other services.

III. The Planning of Cities and Their Hinterland as a Task of Local and Central Government Authorities.

Up to now individual decision has been responsible for the various forms of land use and design. If this freedom of decision, however, collides with the public interest, then central and local government authorities will have to decide whether individual or public interests will have to be given priority, they may even have to curtail the freedom of individual decision.

As regards the building sector, *planning* is to counterbalance the various interests. The extent, however, to which authorities are able to do so is limited by the conceptions about the value and rights of the individual and their constitutional and legal fixation. The German situation is characterized by a strong protection of personal property – this being the reaction against the excessive emphasis on public interest during the national-socialist era.

Bearing in mind the above mentioned prerequisites, the bodies that are responsible for a reorganization of the planning of cities and their hinterland may be characterized as follows:

The reconstruction acts that were passed during the post-war years enabled the *city planning authorities* to prepare reconstruction and development plans for the administrative areas of the local authorities in question, which were legally binding for the administration and the inhabitants. In spite of this, city planning has to fight against formidable difficulties in the realisation of its plans. In order to give those who are affected by the plans a maximum of legal security, planning procedure is made rather cumbersome by a multiplicity of obligations to explain, and wide powers of participation. As long as the law does not provide for an obligation for every local authority to prepare the necessary development plans, it will be impossible to proceed from the single plans to a comprehensive planning for an area that is composed of a city and its sphere of influence.

In order to facilitate a comprehensive planning, often a change of the administrative boundaries of a local government authority has been effected. This process is called "Eingemeindung". Apart from this method it has been proposed to create "large counties"

or "industrial counties"; sometimes a coordination of plans has been tried by way of *administrative agreements*.

These agreements represent the first step in the intercommunal cooperation between cities and the surrounding communities. As regards public utilities, this method has long been practiced by administrative boards or societies. The conclusion of "neighbourhood agreements" or the creation of "joint planning boards" are to promote the coordination of general planning. The prototype of German intercommunal cooperation is the "Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk", which is a board on a level above local authorities, and which possesses genuine administrative competences of a range far beyond planning tasks proper.

Regional planning as a task organization exists in each of the Länder of the German Federal Republic its task is to prepare regional development plans. Regional planning as such, however, does not possess the powers to make a plan obligatory. The only exception to this is provided by the regional planning act of Nordrhein-Westfalen under which regional development plans that were prepared by the joint planning boards of the Land, may become obligatory for the *local authorities* by an order of the Land.

The planning of towns and villages represents one aspect of regional planning activities. Of equal importance is another aspect: the *coordination of all central and local government measures* that have effects upon the spatial structure. Here the use of the financial powers of the state, the legislation concerning taxes, and finally the equalisation grants for local authority finances may be mentioned. Information, cooperation and agreement about the direction of these measures are of decisive importance in the work of the various government departments and authorities.

The formulation and implementation of the industrial location policy which is especially important for the relationship between the city and its hinterland, is the common task of central and local government authorities as well as of the industries concerned. As regards present conditions in Western Germany, this location policy cannot be implemented by prohibiting industry to go to certain areas or by directing it to others. The only possibility is by indirect measures of creating suitable and favourable industrial locations outside existing agglomerations. In order to achieve this, the cooperation of all members of the community is necessary.